

Industriebauten.

Die neuen Materialien, Eisen und Eisenbeton, ermöglichen die erforderlichen neuen Raumgrößen und Raumproportionen, die in den alten Stilen keine Vorbilder haben.

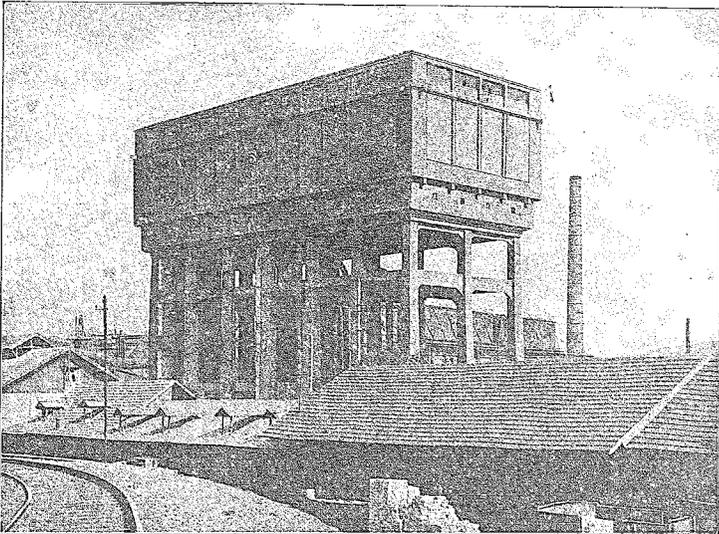
So weisen uns die neuzeitlichen Zweckbauten in ihrer einfachen Sachlichkeit den Weg zu einem neuen Stil.

Karl Scheffler, einer der wenigen Kunsthistoriker, der den Geist der Architektur richtig erfaßt und verstanden hat, sagt: „Nur wer unsere Zeit als den Anfang einer großen Epoche nimmt und nicht als ein Ende, kann die Idee des „Neuen Stils“ in der Baukunst mit genügendem Fernblick erfassen.“

Ob wir schon einen neuen Stil haben, diese Frage ist unbeantwortlich, denn ein Stil läßt sich nur als abgeschlossene

verschiedenen Zwecken dienend durch die Firma Wayss & Freytag A.-G. ausgeführt worden sind, zeigen die beigegebenen Abbildungen.

Der Wasserbehälter in Völklingen a. S. weicht von dem üblichen „Wasserturm“ wesentlich ab. Der Zweck des Bauwerks kommt in vollendeter Klarheit zum Ausdruck und durch die gewaltigen Abmessungen entstand hier zwanglos eine eigenartige Dominante der ganzen Fabrikanlage. Das Bauwerk ist 37 m hoch, 40 m lang und 18 m breit. Das Wasserbecken faßt 3000 cbm und ist einschließlich des Daches und den übrigen tragenden Teilen des Bauwerks aus Eisenbeton gefertigt. Die rhythmische Gliederung durch Lisenen nimmt der kubischen Bau-



Wasserbehälter in Völklingen a. S.

Entwurf und Ausführung: Wayss & Freytag A.-G.

gemeinsame künstlerische Ausdrucksweise einer vergangenen Zeitepoche erkennen.

In der Gegenwart können wir nur von einer Mode reden; Mode und Stil sind eng verwandt — doch wird jede Mode danach trachten, einmal Stil zu werden. Daß wir eine Fabrik nicht mehr als mittelalterliche Burg oder Renaissancepalast bauen, ist heute wohl allgemeine Ansicht geworden. Die völlige Fachlichkeit wird zwar immer noch der gewaltsamen unmotivierten Dekoration vorzuziehen sein, im allgemeinen aber eine gewisse Nüchternheit ergeben. Daß trotz dieser Entsagung eine mächtige Wirkung erzielt werden kann, zeigen uns viele neuzeitliche Industriebauten.

Belm Studium dieser Werke sind es besonders zwei Punkte, die als Ursachen dafür anzusprechen sind: Einmal die Organisation der Massen, die Gliederung der Baukörper nach einer dem Baustoff eigentümlichen Gesetzmäßigkeit und dann die Einheitlichkeit im Baustoff. Ingenieur und Architekt müssen schon beim ersten Plane zusammengehen, er darf nicht erst, wie es leider noch oft geschieht, dann, wenn das Projekt des Ingenieurs fertig ist der Architekt eine „Fassade“ dazu machen. Auch ein Ingenieur- oder Industriebau soll mit der schönen Form durchdringen, nicht behangen werden. Einige wirkungsvolle Industriebauwerke, wie sie

masse des Behälters die Schwere und ist dabei in der Konstruktion dem Baustoff entsprechend gestaltet. Die Stützen entsprechen dem statischen Gefühl des menschlichen Auges, wozu die eingeschobenen Zwischendecken auch beitragen. Gezündet ist der Bau auf einer durchgehenden Eisenbetonplatte von 65 cm Stärke.

Der Korksilo in Ludwigshafen a. Rh. ist von der gleichen Gesetzmäßigkeit und konstruktiven Schönheit. Der Silo selbst befindet sich in dem fensterlosen Turm, in der bekrönenden Rotunde ist ein Wasserbehälter untergebracht, auf der hier nicht sichtbaren Seite führt in einer halbrunden Vorlage eine Treppe zum Beschiekungsbofen und zum Wasserbehälter.

Bei den weiteren hier abgebildeten Mehl- und Getreidesilos ist mit dem Elevatorurm und dem fensterlosen Silo stets ein charakteristisches Merkmal dieser Gebäudegattung gegeben.

Während die Silos in Riesa und Krefeld sich mit einer rhythmischen Lisenenteilung begnügen, tritt in Würzen bei den Krielsch-Werken das Silo- und Reinigungsgebäude mit seiner Gesamthöhe von 70 m noch ganz besonders in die Erscheinung. Durch die Verwendung hoher Ziegeldächer kommt ein malerischer Zug hinein, der sich für einen solchen Bau in landschaftlicher Umgebung gut eignet.

Das Schalthaus in Bitterfeld macht als Backsteinbau durch die harmonische Anordnung der Öffnungen in dem kubischen Baukörper und die einfache Betonung der Portals einen sehr ansprechenden Eindruck, der leider an vielen sonstigen Bauwerken dieser Art fehlt.

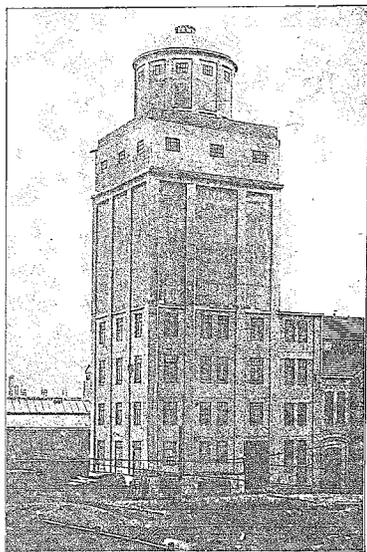
Kurt Langer.



Steuerbefreiungen zwecks Belebung der Neubautätigkeit.

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin richtete in Gemeinschaft mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Landesausschuß preuß. Industrie- und Handelskammern und den Spitzenverbänden an Reichsregierung und Preussisches Staatsministerium folgende Eingabe:

Auf dem deutschen Bauparkt herrschte infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen bis in die Mitte des Jahres 1924 hinein völliger Stillstand. Die Erträge der Hauszinssteuer und der Druck der Wohnungsnot riefen dann eine gewisse künstliche Belebung hervor, die möglicherweise auch noch im Jahre 1925 anhalten, aber wahrscheinlich spätestens mit Aufhebung der Hauszinssteuer (Anfang 1926) ihr Ende finden wird. Diese Belebung trägt daher nur einen vorübergehenden Charakter und zeitigt auch deshalb nicht nachhaltige Wirkungen, weil die gegenwärtige Art der Finanzierung



Korfblo Ludwigshafen Entwurf und Ausführung Weyss & Freytag A.-G.

von Neubauten die Privatinitiative der Wirtschaft nur ungenügend berücksichtigt. Eine stetige Hebung der Neubautätigkeit läßt sich aber nur dann erzielen, wenn der Privatwirtschaft wie in Vorkriegszeiten auf diesem Markte völlig freie Hand gelassen wird. Um dies zu bewirken, müssen an Stelle der Bereitstellung der Mittel aus der durchaus einseitigen und noch überdies die Mieter übermäßig stark belastenden Hauszinssteuer Maßnahmen getroffen werden, welche den Realkredit zu heben geeignet sind und sämtliche an der Neubautätigkeit interessierten Kreise durch einen allgemeinen Steuerabbau veranlassen, sich wieder dem Baugewerbe zuzuwenden.

Aus einer nachhaltigen Belebung der Bautätigkeit werden mittelbar und unmittelbar zahlreiche Zweige des Wirtschaftslebens Nutzen ziehen; auch wird die Arbeitslosenfürsorge weitgehend entlastet werden. Im wesentlichen handelt es sich bei unseren Vorschlägen um eine Förderung des Wohnungsneubaus, da die In-

angriffnahme gewerblicher Neubauten angesichts der heutigen wirtschaftlichen Marktverhältnisse tatsächlich kaum in Frage steht.

Die fiskalischen Belastungen, denen die an der Neubautätigkeit interessierten Kreise durch die gegenwärtige Gestaltung der einschlägigen Steuern und Gebühren ausgesetzt sind und die im Verhältnis zur Friedenzeit außerordentlich hoch sind, ersticken jeden natürlichen Anreiz einer Kapitalanlage im Immobilien- und Bauparkt. Um diesen anzuregen und damit die Voraussetzungen für eine dauernde Wiederbelebung des Bauparkes und Herbeiführung einer normalen Wohnungswirtschaft zu schaffen, bedarf es einer weitgehenden Erleichterung der die Neubautätigkeit einschneidend hemmenden steuerlichen Bestimmungen. Nur so wird es möglich sein, auch diesem Zweige des deutschen Wirtschaftslebens ausländisches Kapital zuzuführen; wegen der allzu hohen steuerlichen Inanspruchnahme des Grundbesitzes und der Zwangswirtschaft, deren Abbau durch eine wirksame Steigerung der Bautätigkeit gefördert wird, betrachtet man den Grundbesitz im Ausland, zurzeit noch nicht als geeignete Kreditunterlage.

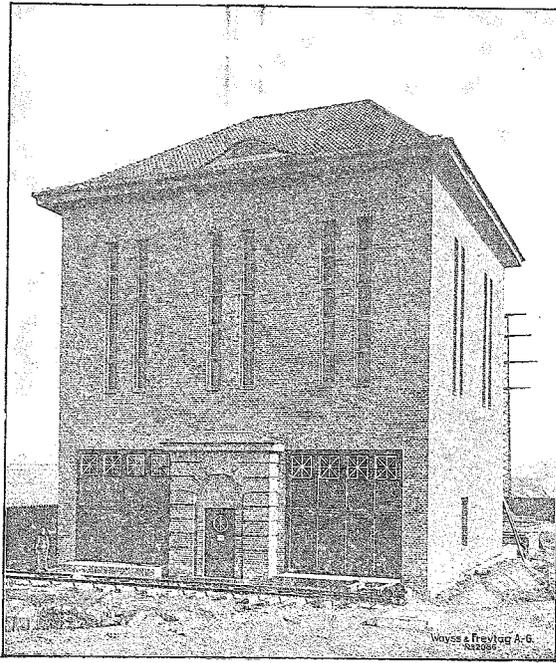
Mit unseren Forderungen wird dem Vorgange anderer Staaten gefolgt. Die Tschechoslowakei hat bei im übrigen weit geringerer Belastung des Grundbesitzes als in Deutschland für Neubauten eine 20 bis 30jährige Steuerbefreiung von den Grundbesitz treffenden Steuern (Haus- und Grundsteuer) gewährt. Österreich sah schon 1922 eine 30jährige Steuerbefreiung der Neubauten von der Gebäude- und Hauszinssteuer vor und stellt seit 1923 auch die Aufwendung für Wohnungsneubauten von der Einkommensteuer freigegeben. Italien sei auch auf die großzügige Steuerbefreiungspolitik Italiens zur Förderung von Neubauten. In Deutschland selbst ist Bayern mit einer 10jährigen Befreiung der Neubauten von der Haussteuerpflicht führend vorangegangen.

Es muß betont werden, daß ein Abbau der den Grundstücksverkehr und das Baugewerbe besonders drückend belastenden Steuern für Reich, Staat und Gemeinde keinen absoluten Ausfall an Steuereinnahmen bedeutet. Die bei vermehrter Bautätigkeit folgerichtigerweise steigenden anderweitigen Steuereinnahmen (aus Umsatz-, Gewerbe-, Lohnsteuer usw.) werden einen Ausgleich schaffen, der den ausfallenden Steuerbetrag sicherlich übersteigen wird. Erfolgversprechend können allerdings steuerliche Befreiungen nur dann sein, wenn ihr Ausmaß eine wirklich merkbare Entlastung der Grundstücks- und Bauparkes verbürgt. Es handelt sich nicht um die künstliche Belebung eines Wirtschaftszweiges an Kosten anderer, sondern um die Ankurbelung einer gewerblichen Tätigkeit wegen ihrer zentralen Bedeutung für die gesamte Wirtschaft zu Gunsten dieser.

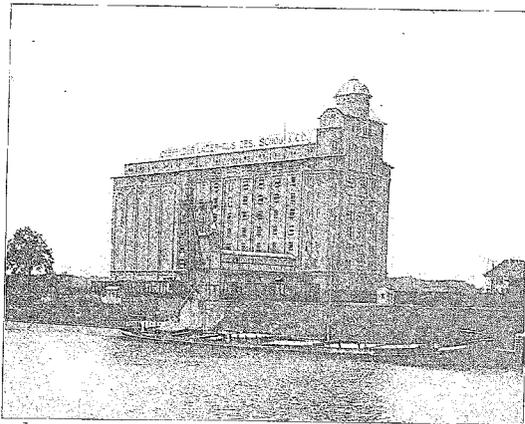
Im Interesse der zu erstrebenden Vereinfachung und Vereinheitlichung des deutschen Steuersystems dürfen keine weitgehenden Unterscheidungen und Ausnahmeregelungen im einzelnen erfolgen, es müssen vielmehr in großen Linien allgemeine, übersichtliche und einheitliche Entlastungsbestimmungen getroffen werden, ein Weg, der in gewissem, wenn auch noch nicht ausreichendem Umfange schon durch die, den Grundstücks- und Bauparkt allerdings unmittelbar kaum berührenden, Verordnungen des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermildierungen vom 14. September 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 707) und 12. November 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 737) beschritten worden ist.

Auf Grund dieser Überlegungen erachten es die Spitzenverbände von Handel und Industrie und die Industrie- und Handelskammer zu Berlin für zweckmäßig, behufs Belebung der Neubautätigkeit folgendes in Erwägung zu ziehen:

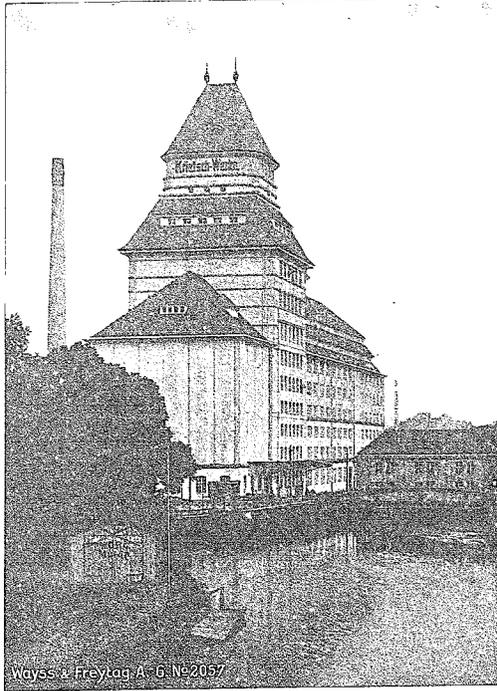
- Freistellung von Wohnungsgrundstücken, deren Bau nach dem 1. Januar 1924 begonnen wurde, auf 10 Jahre von der Reichsvermögensteuer,
- steuerliche Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für Neubauten bei der Reichseinkommensteuer und Körperschaftsteuer bzw. Vorauszahlungen auf diese Steuern für zehn Jahre,
- Stundung der Grunderwerbsteuer bei Veräußerung zwecks Bebauung und endgültige Befreiung, wenn innerhalb von drei Jahren nach Auflassung die Bebauung durchgeführt ist, sowie Befreiung von der Grunderwerbsteuer bei der ersten Veräußerung eines nach dem 1. Januar 1924 neugebauten Grundstückes,
- Stundung und Befreiung von Wertzuwachssteuer wie der Berliner Wertzuwachssteuer (wie zu c),
- Befreiung der 1924 und in den folgenden Jahren errichteten Neubauten von der preussischen Grundvermögensteuer auf 10 Jahre.



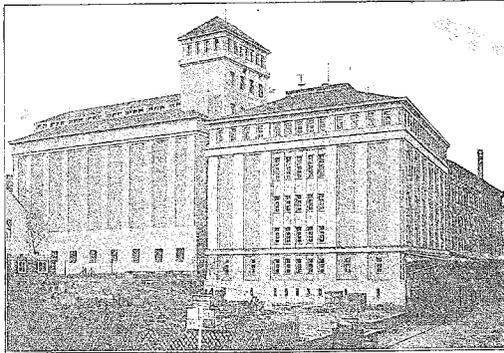
Spekthaus Bitterfeld Entwurf: Siemens-Schudert-Werke Ausführung: Wayss & Freytag A.-G.



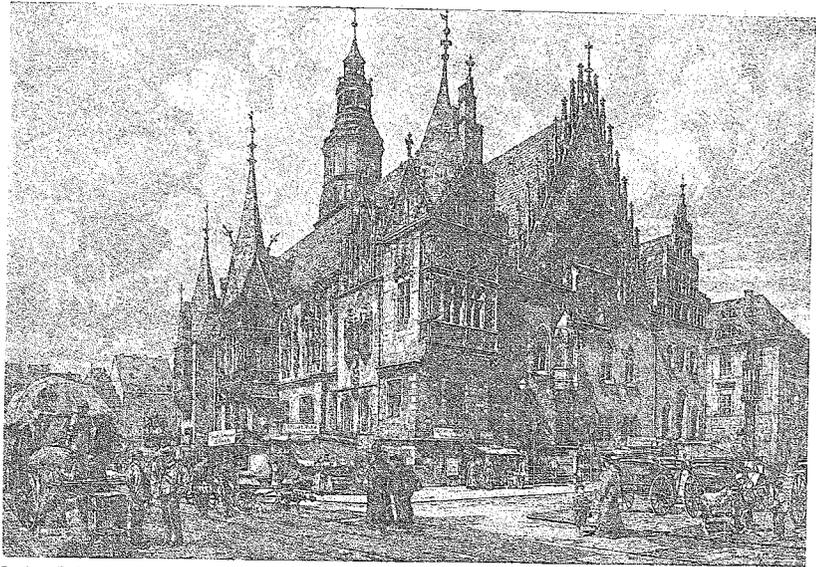
Getreideflo in Krefeld Entwurf: Architekt Koch Ausführung: Wayss & Freytag A.-G.



Silo und Reibgergebäude für die Krieffschwerke in Würzburg Entwurf: Architekt Max Friede Ausführung: Wayss & Freytag A.-G.



Mehlmühle in Rieja Entwurf: Architekt Moritz Ausführung: Wayss & Freytag A.-G.



Breslauer Rathaus *

Nach einer Originalreidierung von Prof. Hugo Ulbrich

Bebauungsplan Groß-Breslau.

Zu diesem Thema erhalten wir nachstehende Zuschriften, die den augenblicklichen Stand dieses Problems beleuchten. Wir geben ihnen gern Raum, möchten aber von vornherein betonen, daß es uns lediglich auf die Sache ankommt und wir eine endlose Debatte, wie sie sich in den Tageszeitungen angesponnen hat, ablehnen müssen, zumal da sie zum Teil um den Kern der Sache herumging und mehr persönlicher Natur war.

Die Schriftleitung.

Zum „Problem Groß-Breslau“.

Von Stadtbaudir. Fehrendt, Leiter des Stadterweiterungsamtes.

In den Tageszeitungen hat Herr Architekt May das „Problem Groß Breslau“ behandelt.

Herr May kommt dabei zu dem Ergebnis, daß „in den nächsten Jahrzehnten noch mehrere 100 000 Menschen auf städtischem Gelände angesiedelt werden müßten“ und daß in diesem Umfange Eingemeindungen notwendig seien.

Herr May hat noch vor wenigen Wochen an maßgebender Stelle eine gänzlich andere Auffassung vertreten. Um so erfreulicher, daß nunmehr eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der in den nächsten Jahrzehnten zu betreibenden Stadterweiterung zwischen seinen und den Plänen der Stadt nicht mehr besteht.

Dem genau das, was Herr May will, die Unterbringung von mehreren 100 000 Menschen in den Breslauer Vorortgebieten, erstrebt auch die Stadt.

Bei dieser neuerlichen Uebereinstimmung des Herrn May mit den städtischen Plänen ist nur die Kritik befremdlich, die er an diesen übt. Um so befremdlicher, als diese Kritik sich auf unrichtige Behauptungen stützt.

Herr May sagt: „Die gegenwärtig seitens der Stadt geplante Erweiterung besiedelt unter Aussparung beschränkter Grünflächen die gesamte engere Umgebung Breslaus. Hierdurch werden die jetzt schon unerträglichen Verhältnisse in der bestehenden Stadt noch ungünstiger. Die Menschen müssen noch größere Wege als seither zurücklegen, um aus der Bebauung heraus in das Freiland zu gelangen usw.“

Nach den Plänen der Stadt sollen von 20 000 ha des Erweiterungsgebietes 5500 ha besiedelt werden. Das ist nicht die

„gesamte“ engere Umgebung, sondern genau 27,5 Prozent, oder etwas mehr als 1/4.

Dazu treten etwa 1500 ha, die für gewerbliche Anlagen und die zufällige Entwicklung der Wasser- und Eisenbahn-Verkehrseinrichtungen freibehalten werden. Der gesamte Rest von 13 000 ha — das sind nicht weniger als 65 Prozent — bleibt, soweit er nicht zu Dauerschrebergärten, öffentlichen Parkanlagen und für die Leibesübungen der Bevölkerung verwandt wird, dauernd der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten, also rein ländliches Gebiet.

Die Wege aus den neuen Siedlungsgebieten ins Freie betragen zu keiner Stelle mehr als 1 km. Das jetzt bebante Stadtgebiet wird nirgends von neuen Wohngebieten unmittelbar berührt. Ueberall schieben sich ausgedehnte nicht beschränkte — Freiflächen dazwischen und vermitteln den Zusammenlaug mit dem Freiland.

Die Behauptung, daß „die bestehenden jetzt schon unerträglichen Verhältnisse durch die städtischen Erweiterungspläne noch ungünstiger werden“, erhebt jeder Begründung.

Azessichts einer Kritik, die sich soweit von den Tatsachen entfernt, muß man fragen, ob Herr May die städtischen Pläne überhaupt kennt.

Ebenso unhaltbar ist die Auffassung, daß noch 170 000 Menschen innerhalb des jetzigen städtischen Weichbildes untergebracht werden können.

Dadurch würde die durchschnittliche Besiedlungsdichte in Breslau auf nicht weniger als 146 Einwohner je ha steigen. Sie ist heute mit 113 Einwohnern je ha schon rund drei- bis viermal so hoch als in allen anderen deutschen Großstädten, die sich auch nicht gerade idealer Wohnverhältnisse erfreuen.

Nein, eine weitere Besiedlung des viel zu engen städtischen Weichbildes ist um noch in beschränktem Umfange möglich. Der weit übergreifende Teil des in der Stadt noch unbepflanzten Landes muß unbedingt freigehalten werden als unentbehrlicher Ausgleich für die bereits bestehende viel zu weitgehende Bebauung, durch die die Siedlungsdichte in den einzelnen Stadtteilen bis zu 800 und über 1000 Einwohnern je ha emporgeschoben ist. Das sind unerhörte Verhältnisse. Wollte man nach dem Vorschlage May in diese Enge noch weitere 170 000 Einwohner hineinpressen, dann würde in der Tat die nicht mehr zu ertragende Verschlimmerung eintreten, die Herr May zwar küßt, aber darum nicht weniger unzutreffend, als das Ergebnis der städtischen Pläne hinstellt.

* Aus dem kürzlich in unserem Verlage erschienenen Buche „Deutsche Städtebilder alter Zeit“.

Prof. Rading schreibt uns:

Das „Schlesische Heim“, Organ der schlesischen Heimstätte, Provinz, Siedlungsfürsorgegesellschaft, das sich in der Eingemeindungsfrage in Gegensatz zur Stadt Breslau gestellt hatte, befaßt sich mit meinem Vortrag über die Grundlagen der Breslauer Stadterweiterung im Heft 11 seines 5. Jahrgangs. Da versucht wird, den Sinn meiner Worte zum Schaden der Sache zu erstellen, bin ich genötigt, auf diese Besprechung einzugehen, deren Geist und Form die folgenden Ausführungen und Gegenüberstellungen andeuten.

Auffassung und Ausführungen des Schlesischen Heims.

1. Die Delegation in Waldenburg ist in den letzten Jahren schon von 45 000 auf 38 000 zurückgegangen und soll demnächst noch weiter auf ca. 27 000 vermindert werden. Mit dieser Tatsache entfallen also auch alle Folgerungen, wie sie Rading an das Vorhandensein eines entwicklungsfähigen Wirtschaftsgebietes um Waldenburg knüpft.

2. Eines dieser Dezentralisationssysteme, den Trabantengedanken, lehnt Rading als Schlagwort ab.

3. Die internationale Städtebankkonferenz hat auf ihrer diesjährigen Tagung in Amsterdam eine Entschlieung gefaßt, in der sie sagt: Dezentralisation mittels Trabantenstädten kann in vielen Fällen ein Mittel sein, um dem Entstehen allzu großer Siedlungskörper vorzubeugen. — Sie wird auf Grund der Ausführungen des Vortragenden genötigt sein, diese These zu widerlegen.

4. Die Konferenz: Ein unbeschränktes Anwachsen unserer Großstädte ist unerwünscht. Die Zustände in den allergrößten Städten sind eine Warnung für die kleineren Großstädte. — Rading möchte alles der Entwicklung überlassen. Wer sich gegen die Entwicklung stemmt, wird von ihr überraunt!

5. Die Konferenz: Es wäre erwünscht, daß unsere Großstädte abgeschlossen würden von grünen Gürteln, die dauernd verwendet werden für Ackerbau, Gartenbau, Viehzucht usw.; dem Entstehen endloser Häusermeere wäre dadurch vorgebeugt. — Demgegenüber behauptet Rading, daß die Einmüllionstadt erstirbt werden müsse, da nur sie die Schnellverbindungen rentabel gestaltet, und daß auch größere Städte, z. B. die Zweimillionenstadt (Philadelphia) durchaus einwandfreie Lebensverhältnisse ermöglichen.

Irgendwelche Folgerungen, die für den Sinn meines Vortrages von der geringsten Bedeutung wären, habe ich an das Vorhandensein eines entwicklungsfähigen Wirtschaftsgebiets nicht geknüpft. Meine Auswertung der Breslauer Möglichkeiten waren lediglich als Beispiel in ganz großen Zusammenhängen aufzufassen und ist auch so bezeichnet worden.

Sinn bzw. genauer Wortlaut meines Vortrages.

Ich habe mich gegen Schlagworte ganz allgemein gewandt, die entsprechende Stelle meines Vortrages lautet: Es kann also nicht die Marschroute gegeben werden: Hochbau, oder die Marschroute: Flachbau, sondern: Gesunde und dem Lebensbedürfnis entsprechende Wohnung, nicht die Marschroute: Zentralisation, oder die Marschroute: Dezentralisation, sondern: Vernünftige und elastische auf geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen ruhende Verteilung der Wohn- und Wirtschaftsgebiete unter Berücksichtigung zukünftiger Möglichkeiten, also selbstverständliche Anschaltung einiger tüchtiger und allmählich ärgerlicher Schlagworte, von denen ein fünftes jetzt am häufigsten uns aufgedrängt nicht einmal deutsches Original ist und besonders für Breslau vorläufig völlige Theorie bleibt. (Mit dem fünften im Vortrag nicht erwähnten Wort ist „Trabanten“ gemeint.)

Ich habe in meinem Vortrag dauernd von der Notwendigkeit der Dezentralisation gesprochen. Ich bin vollkommen mit diesem Satz der Konferenz einverstanden, möchte aber auf die Betonung des Wortes „kann“ aufmerksam machen. Eine Schematisierung, die Bildung einer Theorie ohne Rücksicht auf die gegebenen wirtschaftlichen und geographischen Besonderheiten der Städte und einen Zwang zur Trabantebildung allerdings, wie er hier indirekt durch den Satz ausgedrückt zu sein scheint: Sie wird auf Grund genötigt sein, halte ich für unmöglich und glaube auch nicht, daß das im Sinne der Konferenz läge. Sachlich steht in meinem Vortrag folgendes: Der Sachlage nach wird zunächst der Mittelpunkt Breslau wachsen und erst ganz allmählich werden in freier Wahl auch die Orte ihren Anteil an Zuwachs erhalten, die durch ihre natürlichen Gegebenheiten für Wohn- oder Fabrikationszwecke sich besonders eignen.

Die entsprechenden Stellen meines Vortrages lauten (unter Betonung der Stadt als Wirtschaftserscheinung): Wie wenig eine weitere Entwicklung der Städte in vieler Hinsicht wünschenswert ist und wie dringend notwendig die Ermöglichung der landwirtschaftlichen Arbeit, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren und darü bin ich auch mit all denen unter ihnen, die mir nicht bestimmen können, völlig einig. Aber ein solcher Verlauf der Dinge liegt nicht in unserer Hand. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem notwendigen Schutz landwirtschaftlicher Gebiete und der Erweiterung unserer Städte suchen und finden Ich bitte um nicht der Meinung zu sein, es bliebe nichts anderes übrig, als die Hände in den Schoß zu legen und zuzusehen. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß die Entwicklung im Großen zwangsläufig ist, aber ich glaube, daß wir die Möglichkeit und die Pflicht haben, sie im einzelnen zu beeinflussen und zu lenken. Das heißt also in unserem Falle, wir können das Wachstum der Wirtschaft, ihre immer innigere Verknüpfung mit allem Leben nicht verhindern, wir können nicht die dichtere Besiedlung der Punkte verhindern, die irgendwelche besondere Eignung dazu haben, wir müssen für die Reihenfolge dieser Besiedlung Zeit, und Verhältnisse mitsprechen lassen, aber wir können dafür sorgen, daß menschenwürdige Wohnungen gebaut werden, daß überhaupt die Stadtdenke vielmehr von der Einzelwohnung bestimmt wird, daß ausreichende Freiräume zur Erholung und für eine spätere größere Verkehrserschließung gelassen, vernünftige und dem Bedürfnis entsprechende Straßen geschaffen und die Grundstückspreise beeinflusst werden.

Aber wenn man auch der Entwicklung entsprechend die Städte erweitern soll und muß, so sollte man es doch niemals mehr in dieser abgelebten Form tun. Die heutige Stadt hat ohne ihren Mittelpunktcharakter aufzugeben, viel mehr von der gemüden Einzelwohnung auszugehen, auch Straßen und Verkehr von diesem Prinzip bestimmen zu lassen und Spielraum, d. h. Elastizität für die Zukunft zu geben Sie haben in der neuen Form trotz des Ausgehens von einem Mittelpunkt — der natürlich in allen künftigen Stadtformen erhalten bleiben wird, der das Wesen der Stadt ist — eine starke Dezentralisation sowohl der Industrie wie auch der Wohnbezirke ganz anders wie die alte Stadt sowohl des Mittelalters mit dem Markt als auch ganz besonders die des Barocks mit dem Firstensitz als Mittelpunkt. Dieses Vorbild ist als Erbau unserer Väter Generationen hindurch wohl äußerlich gewandelt, aber im Kern nie verändert worden, d. h. um den Kern herum wurde ein immer mehr sich erweiternder Kranz von Straßen gelegt, und dieses fast kritiklose Übernehmen einer Form, die für

die heutigen Verhältnisse unbrauchbar ist, führte zu der absurden Erscheinung, die unsere Großstädte heute angenommen haben Wenn ich noch vor Kurzem in einer Arbeit betont habe: „Keine Fortsetzung einer Großstadtstraße in der heutigen Form“, so würde ich das auch heute für richtig halten, aber ich betone, daß damit keine Einschränkung der Großstadt an sich gemeint ist, sondern im Gegenteil jede natürliche Erweiterung unterstützt werden soll. Nur selbstverständlich nicht in der heutigen ungestunden Form, die bei einigem guten Willen durchaus vermieden werden kann.

(Auch Herr May, der Direktor der Schles. Heimstätte, gibt neuerdings die Entwicklung Breslaus um mehrere hunderttausend Einwohner frei, scheut sich aber nicht, mich zu gleicher Zeit in seinem Organ wegen desselben Standpunktes anzugreifen zu lassen.)

6. Die Konferenz: Angesichts der schnelleren Zunahme des Verkehrs soll künftig die kommunale und interkommunale Verkehrsfrage mehr als bis jetzt die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. -- Rading lehnt jeden Zweckverband für die Gegenwart ab.

Diese Ablehnung jedes Zweckverbandes für die Gegenwart sieht in meinem Vortrage so aus (ich beruhe ausdrücklich, daß ich von dem Spezialfall Breslau spreche): Ich bitte zu beachten, daß, wenn heute die Entscheidung nach der einen oder der anderen Richtung fallen sollte, damit natürlich für die fernere Zukunft keineswegs eine endgültige Bindung bezügl. der Organisation eines Groß-Breslau als Wirtschaftsgebiet Mittelschlesien eingezogen wäre, für diese Zukunft also würde die Entscheidung: Zweckverband der Gemeinden des Kreises Breslau heute nicht Zweckverband der Gemeinden Mittelschlesiens für die Zukunft bedeuten und die Entscheidung Eingemeindung nach Breslau hinein heute nicht Einheits-gemeindung Mittelschlesiens für die Zukunft. Wenn für die Zukunft ein Zweckverband verlangt wird, also unter Hineinbeziehung und nach weiterer Entwicklung der vorhin bezeichneten, heute noch in den Anfängen stehenden und noch nicht so zwingend eindeutig orientierten Wirtschaftsgebiete bis Brieg, Liegnitz und Waldenburg, dann möchte ich dem ganz unbedingt zustimmen und eine Zusammenziehung etwa zu einer Einheitsgemeinde für eine verwaltungstechnische Undankbarkeit halten.

Wenn ich heute einen Zweckverband für die engere Breslauer Stadterweiterung ablehne, so habe ich deutlich gesagt, warum. Darüber allerdings schweigt sich das „Schlesische Heim“ aus.

7. Die Konferenz: Das Aufstellen von Bezirksplänen (regionale Siedlungspläne ist unbedingt notwendig für die Entwicklung der Großstädte, insbesondere wo dieselben in vergrößertem Abstand zu einander liegen, oder wo zahlreiche kleinere Städte sich in der Nähe der Großstadt befinden. Diese Pläne sind also nicht an erster Stelle Bebauungspläne: sie sollen vielmehr verhindern, daß ganze Bezirke mit aneinander schließenden Bebauungsplänen bedeckt werden. -- Rading bezeichnet jede Aufstellung umfassender Siedlungspläne als unnütze Arbeit, die nur dazu dienen, Büros und Organisationen am Leben zu erhalten. (!)

Diese Forderung der Konferenz ist sehr verärgert. Nur ist nicht ganz klar, wieso sie das „Schlesische Heim“ auf Breslau angewendet wissen will. Wo sind hier die Großstädte, die in geringerer Distanz von einander liegen und wo die zahlreichen kleineren Städte, die mit Breslau zusammenzuwachsen drohen. Im übrigen sehen meine Ausführungen, die sich immer auf den Spezialfall Breslau beziehen, so aus: Aber die Verhältnisse im Ruhrkohlenbezirk sind nicht mit denen in Breslau zu verwechseln, dort haben sie eine Reihe gleichgeordneter, gleichbedeutender Gemeinwesen, deren gemeinsame Interessen der Zweckverband vertreibt; hier aber haben sie außer Breslau im Wesentlichen vorläufig nichts, d. h. es würde eine Organisation in die Luft gebaut werden, sie könnte sich im Großen und Ganzen in Konferenzen ausleben und damit die Arbeit der Stadt Breslau erschweren oder sich auch damit beschäftigen, einen Bebauungsplan anzulegen und sie könnte und müßte das Jahre über Jahre tun, sich künstliche Arbeit machen, die laufend Geld kostet und die zur Zeit ihrer Verwirklichung sich praktisch als überhöht erweisen wird, genau wie sie das heute an den Bebauungsplänen beobachten können, mit denen die Erweiterungsgebiete unserer Städte überdeckt sind.

(Das heißt also die Fluchtlinien und Straßenpläne, die da sind und die wir notwendigerweise heute aufheben müssen.) Daß eine städtische Entwicklung sich planvoll zu vollziehen habe, ist eine Selbstverständlichkeit und die Betonung dieser Notwendigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch meinen Vortrag. Ich wende mich lediglich gegen ein Zuviel an Plänen, gegen eine Fesselung und Festlegung der Zukunft, die nicht vertretbar ist. Ich werde untreuwillig durch meinen Kritiker unterstützt, der anführt, wie sehr der Waldenburger Bezirk im Abtun sich befindet. In solchen Momenten werden die schönsten Bebauungspläne Makulatur. Hier oben müßte meine Grundforderung praktisch erfüllt werden: Einstellung auf die Gegenwart. Schleunigste Unterbringung und Daseinsmöglichkeit für die 11 000 Menschen, deren Abbau zu erwarten ist. Hier fordert das Leben seine Rechte, der Plan tritt zurück. Umso schlimmer, wenn das in die Ideen des „Schlesischen Heims“ nicht paßt.

8. Geradezu katastrophal mußte die Aus-führung des Vortragenden berühren, wenn er sagte, er begrüße jede Bautätigkeit im Erweiterungsgebiet, gleichviel an welcher Stelle sie aufträte und sich auch bei dieser Gelegenheit wieder auf amerikanische Vorbilder stütze. Man braucht sich nur das Chaos vorzustellen, das binnen kurzen im Weichbilde unserer Städte entstände, wollte man dem Vortragenden in diesem Punkte folgen.

„Glauben sie mir, es ist besser erst Dinge entstehen zu lassen, die lebensfähig und entwicklungsfähig sind, auch wenn sie abseits von Traum am Zeichenbrett liegen und dann je nachdem zu beschränken, zu lenken oder besser zu machen, als zu verbieten und nichts entstehen zu lassen Ich würde es im Moment in Breslau für richtig halten, das Bauen ohne allen große Rücksicht auf Einzelheiten von Bebauungsplänen zu erlauben und würde dann nach dem Bebauungsansatz den weiteren Weg bestimmen und diesen allerdings im Großen nach den örtlichen Bedingungen, die uns zu dem gezeigten zukünftigen Bild der Stadt führten, das eine notwendige Vorarbeit darstellt. Also von Fall zu Fall Bindungen im Moment ihrer Notwendigkeit einführen und so meiner Ansicht nach am praktischsten und am schnellsten zu einem einheitlichen Bilde gelangen. Dieses Verfahren schließt nicht aus, die Entwicklung durch Anlage von Grundflächen, durch Bauvergünstigungen oder Grunderwerbsvergünstigungen zu lenken, also durch Maßnahmen positiver Art, die viel leichter, glatter und schneller zu dem gewünschten Ziele führen werden als die regierender Natur und überdies natürlich, da nicht überall zu gleicher Zeit gebaut werden kann, eine weit gesündere Negation in sich tragen.“

9. Daß auch die Amerikaner zur Erkenntnis gekommen sind, daß das wilde Bauen die planlose Forderung der Bautätigkeit, zu unhaltbaren Schäden führt, geht daraus hervor, daß sie in den letzten Jahren geradezu krampfhaft Anstrengungen machen, diese Schäden durch Aufstellung von Bauzonen und Besiedlungsplänen sowie Bauordnungen zu beseitigen.

Ich könnte jeden einzelnen Satz dieser Kritik sachlich widerlegen, aber es lohnt sich nicht und führt zu weit. Ich glaube, daß durch die erfolgte Gegenüberstellung meiner Arbeit und ihrer Kritik die Einstellungs- und Niveauunterschiede deutlich zum Ausdruck kommen. Ich habe mich in meinem Vortrage bemüht, sachlich zu sein und meine Meinung über die Dinge sachlich aus dem Problem heraus zu begründen. Ich vermisse dieses Bestreben auf der Gegenseite völlig. Ich werde mit theoretischen Formeln attackiert, ohne daß man es für nötig hält, die besonderen örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Diese Kritik entstellt meine Ausführungen im ganzen und im einzelnen durch tendenziöse Gegenüberstellungen völlig, sie muß für den, der meinen Vortrag nicht hörte, den Eindruck erwecken, als wäre mir nichts erträglicher als das Entstehen endloser Häusermeere und die Beseitigung jeder planmäßigen Entwicklung. Das „Schlesische Heim“ sollte genau wissen, daß ich das weder sagte noch meinte. Ich habe die Wahl, ein solches Verfahren entweder ernst oder lächerlich zu nehmen, in beiden Fällen hört bedauerlicherweise für mich die Möglichkeit zur sachlichen Diskussion auf. Im übrigen freue ich mich, daß sachlich, wie es scheint, in der Eingemeindungsfrage allzugroße Differenzen nicht mehr bestehen, ich möchte aber noch einmal warnen, den Kreis gar zu eng zu ziehen, um eine unnötige Verteuerung des Grund und Bodens zu vermeiden und die Möglichkeiten für eine Elastizität der Bebauung frei zu lassen. Rading.

Das „Problem Groß-Breslau“.

Herr Architekt May, Direktor der schlesischen Heimstätte, beschäftigt sich in den Tageszeitungen mit dem Problem Groß-Breslau in einer Form und Einstellung, der im Interesse der Sache von fachlicher Seite entgegengetreten werden muß.

Wenn Herr May schreibt, innerhalb des jetzigen Weichbildes der Stadt können noch 170 000 Menschen angesiedelt werden, so ist das angesichts der Breslauer Wohnverhältnisse und der auch von Herrn May anerkannten Notwendigkeit der Freihaltung der Flächen vor den Toren eine ganz unverständliche Behauptung. Sie kommt allerdings traurige Tatsache werden, wenn nicht baldigst die nötigen Eingemeindungen vorgenommen werden. Tatsächlich sind auf den noch zur Verfügung stehenden Flächen knapp die 50 000 Menschen unterzubringen, die aus Zentrum und überfüllten Stadtteilen umzusiedeln sind.

Einschränkung und gedrängte Bebauung stehen trotz der gegenfälligen Behauptung von Herrn May stets in Wechselwirkung. Kleinfuß, Grabschen, Pöpelwitz sind viel zu spät eingemeindet worden. Die neuerliche Einsicht von Herrn May, daß noch mehrere 100 000 Menschen auf städtegemäßem Gebiet angesiedelt werden müssen, beendet hoffentlich seine Oppositionspropaganda gegen die notwendigen Eingemeindungen.

Herr May illustriert seine Darlegungen (s. Nr. 319 der D.N.N.) mit 4 Abbildungen, von denen zwei den Plan des Stadterweiterungsgebietes darstellen sollen. Entweder kennt Herr May den städtischen

Plan, dann muß er wissen, daß die Darstellung irreführend ist, oder er kennt ihn nicht, dann darf er ihn nicht als Gegenbeispiel konstruieren. In Abbildung 3 sind die in sich geschlossenen, von Erholungs- und Nutzgrün umgebenen Siedlungskörper in eine zusammenhängende Bebauung zusammengezogen, die als „endloses Häusermeer“ erscheint und von der aus die Erholungsflächen erst in kürzerer oder längerer Bahnhart erreicht werden könnten. Tatsächlich ist aber im städtischen Plan die Auflockerung größer als zum Beispiel im May'schen Wettbewerbsentwurf und die Erholungsflächen sind, in nächster Umgebung der jeweiligen Siedlung liegend, unmittelbar zu erreichen.

Die von Herrn May anfänglich propagierte Trabantenidee: geschlossene Wirtschaftskörper in unmittelbarer Stadtnähe war eine verwaltungs- und entwicklungstechnische Unmöglichkeit. Sie ist aufgegeben. Was übrig bleibt, ist eine planmäßige Entwicklung der Vororte, wie sie in fast allen Großstädten seit langem vor sich geht. Nur der Osten ist hierin zurückgeblieben. Daß diese Entwicklung auf enste verbunden ist mit der Verkehrsfrage, versteht sich von selbst.

Es ist festzustellen, daß die Ausführungen von Herrn May, ihrer unhaltbaren Behauptungen entkleidet, im Grund auf dasselbe hinauslaufen, was die Stadtverwaltung will.

Der städtebauliche Anschluß des B.-D.-A. Bezirk Schlesien
Eifenbecker, Heim, Lange, Wahllich.



Wohnungsnot und die Wege zu ihrer Bekämpfung.

Viel ist über dieses Thema schon geschrieben und gesprochen, wenig Positives geleistet worden. Bürgermeister Dr. Loerke in Bartenstein hat für seine städt. Körperschaften eine Denkschrift herausgegeben. Aus der uns zur Verfügung gestellten Schrift bringen wir nachstehende Sätze, die mancherlei Allgemeingültiges enthalten.

Die Wohnungsnot hat in den letzten Monaten Formen angenommen, die geradezu als besorgniserregend bezeichnet werden müssen. Die Ursachen dieser Not liegen auf verschiedenen Gebieten. Eine der Hauptursachen ist in dem nahezu völligen Stocken an Neubauten in dem letzten Jahrzehnt zu suchen. Die lange Zeit viel zu niedrig gehaltenen Mieten haben hierbei eine große Rolle gespielt. Vielleicht die einschneidendste Ursache aber, die sich in nächster Zeit zur Katastrophe auszuwachsen droht, ist der in letzter Zeit rapide fortschreitende Verfall der alten Häuser. Es dürfte heute unbestrittene Tatsache sein, daß hieran die vollkommen verfehlte Wohnungs- und Mietenpolitik des Preussischen Wohlfahrtsministeriums, insbesondere unter dem Minister Stegerwald, schuld ist.

Um sich einen Überblick über den Umfang der Wohnungsnot zu verschaffen, hat die Bartensteiner Wohnungskommission vor einiger Zeit eine vollkommene Neuaufnahme der Wohnungssuchenden hier selbst nach folgenden Gesichtspunkten durchgeführt: Die Wohnungssuchenden wurden in drei Listen eingetragen, nämlich erstens in die Vordringlichkeitsliste (A), zweitens in die Dringlichkeitsliste (B), und drittens in die Liste der Wohnungssuchenden (C).

In die Vordringlichkeitsliste wurden nur Fälle aufgenommen, bei denen unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Suchenden bestand, in die Dringlichkeitsliste aber Leute, die entweder überhaupt keine Wohnung hatten, bei Eltern, Schwiegereltern oder Verwandten wohnten oder deren Wohnung stark gesundheitsschädlich oder besonders überfüllt war. Sieben, acht, ja bis elf Personen in einem Raum ohne Küche sind hier keine besondere Seltenheit. Die Fälle aller derjenigen Personen, die mit ihrer Wohnung nur unzufrieden waren und sich irgendwie zu verbessern wünschten, wurden lediglich auf der Liste der Wohnungssuchenden vermerkt. Die Kommission ist bei ihrer Sichtungsbearbeitung sehr streng und gewissenhaft vorgegangen, um ein absolut wahrhaftiges Bild zu gewinnen. Es sind nicht etwa ohne weiteres die Wünsche der Suchenden entgegengenommen worden, sondern die Kommission hat zugleich ein Gutachten darüber abzugeben, wieviel Wohnraum dem Einzelnen anerkannt werden könnte. Gegen die Entscheidungen der Kommission gibt es die Beschwerde an den Magistrat. Zugleich erhielt jeder Wohnungssuchende ein Datum, von welchem ab die Dringlichkeit seines Falles anerkannt wurde. Das war also nicht etwa der Tag seiner Meldung. An Hand dieser Daten erst, die mehrfach weit zurückgelegt wurden, erhielten die Wohnungssuchenden ihre Nummern. Innerhalb der Listen trat dann wieder die Gruppierung nach dem Wohnbedürfnis ein: Wohnküche, ein Zimmer, zwei Zimmer usw. Schätzt man die Zahl der Haushaltungen in Bartenstein auf etwa 2000, so ergibt sich etwa ein Satz von 12 bis 13 Prozent

an Wohnungsuchenden. Das ist geradezu erschreckend. Es muß dabei betont werden, daß es sich hier nicht um Einzelpersonen, sondern um Haushalte handelt.

Von diesen Feststellungen ausgehend, müssen die Wege gesucht werden, auf denen der Wohnungsnotkatastrophe zu begegnen ist. Es ergibt sich aus den vorstehenden Zusammenstellungen, daß eine Notlage für große Wohnungen nicht vorliegt. Bei der Ausbietung von 2 Fünfzimmerwohnungen im jetzigen Rathaus meldeten sich 3 Bewerber. Darunter ein jung vermahtes Ehepaar, ein kinderloses Ehepaar, das bereits eine Vierzimmerwohnung bewohnt, und eine kinderreiche Familie. Der letzteren konnte innerhalb Monatsfrist eine voll ausreichende Wohnung zugewiesen werden. Eine besondere Notlage kann auch für mittlere Wohnungen von 3 bis 4 Zimmern kaum anerkannt werden. Wirft man überdies einen Blick auf die private Bautätigkeit, so sieht man sofort, daß im Privatbau gerade derartige Wohnungen geschaffen werden. So hat im laufenden Baujahr die Kreisverwaltung 2 Dreizimmerwohnungen, Kaufmann St. 2 Dreizimmerwohnungen und Kaufmann M. 2 Vierzimmerwohnungen neu erstellt. Dem Vernehmen nach beabsichtigt auch der Wohnungsbaurein im nächsten Jahre seine erfolgreiche Tätigkeit wieder aufzunehmen. Voraussichtlich wird es sich auch hier fast ausschließlich um Drei- oder Vierzimmerwohnungen handeln. Die Deckung des Bedarfs auf diesem Gebiet darf also ruhig bereits der Privatinitiative überlassen werden.

Die fürchtbarste Notlage aber besteht, das weiß der Eingeweihte, in den Wohnungen der Arbeiterschaft. Bartenstein hat eine lebhaft Industrie. Allen Anschein nach wird sich diese in absehbarer Zeit noch erweitern. Die geographisch günstige Lage als Bahnkreuzungspunkt trägt das hierzu bei. Es ist also gleichzeitig ein Gebot sozialer Pflicht wie auch ein Gebot der Klugheit, wenn die Stadt gerade an diesem Punkte ihre ganze Kraft einsetzt. Alle andern Projekte, sofern sie sich nicht selbst rentieren, müssen zurückgestellt werden, sie mögen an sich noch so wünschenswert sein. Wir müssen uns zum mindesten für die nächsten 2 oder 3 Jahre damit begnügen, vorhandene Werte zu pflegen, können aber an Neuschaffung von Werten, abgesehen von Wohnungsbauten, z. Zt. nicht denken, es sei denn, daß es sich um rentable Anlagen handelt.

Auf die Frage, was sollen wir bauen? wird also klar und bündig erwidert werden müssen: Arbeiterwohnungen, und zwar zunächst kleine Arbeiterwohnungen, die der Bewohner bezahlen kann. Wir müssen uns von vornherein darauf einstellen, zu unterscheiden zwischen dem Idealen und dem Ausführbaren und zwischen dem in gegenwärtiger Zeit noch Möglichen. „Frei in dem Äther wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ Und einer sehr harten, realen Tatsachenwelt stellen wir im Wohnungs- und Bauwesen gegenüber. Wir müssen uns klar machen, daß wir ein verarmtes, schwer ringendes Volk sind, das manches Ideal zurückstellen muß. Ich komme auf diesem Wege zu dem Schluß, daß die eine Zeitlang so sehr befristeten Siedlungsbauten kein Weg sind, der ins Freie führt. Man soll sich durch die Scheinerfolge z. Zt. der Inflation nicht täuschen lassen. Wenn damals auf dem Wege über die Siedlung auch ärmere Leute vereinzelt in den Besitz eines Grundstücks gekommen sind, so eben nur darum, weil sie das Grundstück nicht bezahlt haben und es ihnen vielmehr auf dem Wege über der Geldentwertung indirekt vom Staate geschenkt worden ist. Das ist natürlich ein Weg, dessen Fortsetzung undenkbar ist. Es war und ist an sich fehlerhaft, den einzelnen Wohnungen größere Landstücke von 2 Morgen zuzugeben. Ich halte es bereits für verfehlt, 1 Morgen, ja selbst $\frac{1}{2}$ Morgen zuzugeben. Das höchste, was sich für Kleinwohnungen vertreten läßt, scheinen mir 200 bis 300 qm zu sein. Geht man nämlich darüber hinaus, so müssen die einzelnen Häuser so weit auseinandergezogen werden, daß die Anlage von Straßen ganz unerschwinglich teuer für die einzelnen Aufwitzer kommt. Das ist auch so eine bittere Tatsache, daß es eben nicht möglich ist, für die kleinen Wohnungen einen großen Garten zu geben. Ein kleines Stückchen Hansgarten für jeden, und der Pachtgarten vor den Toren, das ist das Erreichbare. Es ist ferner bei derartig verstreuter Lage der Häuser nicht möglich, städtische Werke an diese Häuser anzuschließen, weil die Kosten infolge zu geringen Verbrauchs nicht mehr rentieren. Die Rentabilität öffentlicher Anlagen ist aber ebenfalls ein kategorisches Gesetz für ein verarmtes Land. Damit sind aber einerseits die Siedler von den Segnungen der kulturellen Fortschritte: Wasser, Gas, Elektrizität, Kanalisation ausgeschlossen,

während die Stadt andererseits Abnehmer ihrer Werke verliert. Wir lieben Dörfer an unsere Kleinstädte. Ferner kommt hinzu, daß derartig vereinzelt gelegene Siedlungshäuschen bei unserm Klima sehr solid gebaut werden müssen oder sehr kalt sind. Mancher Siedler hat hier bittere Erfahrungen. Endlich bestätigen alle Erfahrungen, daß mit dem gleichen Aufwande erzielbar mehr Wohnraum in einem Reihenhaus wie in einem Siedlungshäuschen beschafft werden kann. Zu allen andern Gründen kommt als entscheidender hinzu, daß ein Arbeiter unter normalen Verhältnissen eine derartige Siedlungswohnung nicht erschwingen kann. Selbst wenn man mit den billigen Hauszinssteuerrhypotheken rechnet, selbst wenn man, was ja nur in einzelnen Fällen zutreffen wird, mit einer fähigen Mitarbeit des Bauherrn an seinem Hause rechnen will, wird sich eine solche Siedlungswohnung nicht unter 450 bis 600 Mark Jahresmiete, in der Verzinsung, Amortisation, Steuern und Reparaturen stecken, herstellen lassen. Das ist ein Betrag, den der Arbeiter einfach nicht aufbringen kann. In Parenthese sei hier übrigens bemerkt, daß die Erfahrungen mit Siedlern als Vermieter in allen mir bekannnten Fällen recht schlechte gewesen sind. Man darf also zusammenfassend sagen, daß man auf dem Wege über die Siedlung zu einer raschen Behebung der Wohnungsnot jedenfalls nicht kommt. Es ist unzweifelhaft, daß die hier hervorgehobenen Mängel an anderen Orten und unter anderen Umständen teilweise behoben werden können, oder vielleicht auch nicht in diesem Umfange in Erscheinung treten. Unter den Verhältnissen unserer Stadt aber verspricht der Bau von Siedlungen schon mangels wirklich geeigneten Geländes keinen durchgreifenden Erfolg. Es bleibt für uns nur der Weg einer größeren Anzahl Wohnungsneubauten im Wege des Reihen-Hausbaues. Und ein Blick in unsere Wohnungslisten zeigt, wo die Not am größten ist. Gewiß wäre es schön, wenn wir Zweizimmerwohnungen bauen könnten, wie wir solche in der Karlstraße bereits mit gutem Erfolge hergestellt haben. Der Preis einer solchen Wohnung ließe sich aber für den Arbeiter nicht mehr erschwingen, und so müssen wir uns dem zunächst mit der Herstellung einer größeren Anzahl Wohnungen von 1 Zimmer und Küche im Ausmaße von etwa 40 qm begnügen.

Der Betrag für die Bezahlung von neuem Gelände läßt sich aus dem Grunderwerbsfonds entnehmen, da die Stadt an anderer Stelle Bauland, zu einem allerdings außerordentlich niedrigen Preise verkauft hat. Wenn auf dem Gebiete gebaut werden soll, so ist unbedingt der Anschluß an die städtischen Werke vorzunehmen. Die Kosten für einen solchen Anschluß können jedoch aus den für diesen Fall bereitgestellten Rücklagen der Werke, die dadurch ihren Realbesitz erhöhen, entnommen werden. Die Anlage einer Straße kann augenblicklich noch nicht ins Auge gefaßt werden. Die Stadt müßte, wenn sie eine solche Anlage beabsichtigt, den Erwerb der angrenzenden Grundstücke zu mäßigem Preise ins Auge fassen, oder die angrenzenden Besitzer, die in diesem Falle wertvolles Bauland gewinnen würden, auf Grund der Ortsstatute, zur Tragung der anfallenden Kosten heranziehen.

Die Bebauung des Geländes hätte zweckmäßigerweise im Rahmen eines Gesamtbebauungsplanes zu geschehen. Die Herstellung eines solchen Bebauungsplanes halte ich ebenfalls für eine Stadt, die zielbewußt auf die Fortentwicklung ihres Städtebildes bedacht ist, für eine dringende Notwendigkeit. Die Zellen, wo jedermann sein Haus nach seinem eigenen Stil baute, sind vorbild und hoffentlich für immer. Wenn auch keineswegs alles, was bei dem planmäßigen Wiederaufbau der zerstörten ostpreussischen Städte geleistet worden ist, meister- oder musterhaft ist, so sind doch zahlreiche schöne und anmutige Städtebilder entstanden. Nicht von heute auf morgen, aber im Lauf von Jahren und Jahrzehnten wird sich in zielbewußter Arbeit, auch das Bild unserer Stadt, das sowohl im ganzen, wie in zahlreichen einzelnen Partien keineswegs schlecht ist, noch wesentlich verbessern lassen. Dazu aber bedarf es allerdings eines auf lange Zeit hinaus festliegenden Bauplanes. Ueber die Ausführung im einzelnen liegen bereits gute und von der Baudeputation gebilligte Pläne vor. Das Mietskasernenartige muß soweit als möglich vermieden werden. Zu jeder Wohnung wird sich ein Stück Gartenland von etwa 100 qm zugeben lassen. Wenn das auch an sich nur wenig ist, so genügt es doch immerhin, um den Zusammenhang mit der heimatischen Erde nicht ganz zu verlieren. Auch müssen wir eben auch hier, gegenüber dem Ideal des Erwünschten, die realen Möglichkeiten ins Auge fassen. Im übrigen ist das Kleinpachtwesen in unserer Stadt so entwickelt, die Stadt hat gegen 500 Kleinpächter für Kartoffelfeld, daß auf diesem Wege

nahezu alle berechtigten Wünsche befriedigt werden konnten. Für besonders glücklich halte ich eine Bauweise, die man in andern Arbeitervorstädten wiederholtlich angewandt hat, wobei die Häuser in einem nach der Straße zu offenen Viereck angelegt werden, sogenannte Hofeisenform. Es entsteht dann in der Mitte von je drei Häusern ein freier Platz, der als Grünplatz mit einem Kinderspielfeld in der Mitte hergerichtet werden kann.

Für die Anbringung der Kosten müßte in erster Linie der Kreditsaßfuß und die Regierung um weitgehende Bewilligung der Hauszinssteuerehypotheken gebeten werden. Es müssen je Wohnung 3000 Mark Hauszinssteuerehypothek ins Auge gefaßt werden, um die Mietpreise für den Arbeiter erschwinglich zu gestalten. Was dann noch übrig bleibt, muß im Wege einer Anleihe aufgenommen werden. Ich möchte aber auch an dieser Stelle die Hoffnung aussprechen, daß vielleicht aus hiesigen Arbeitgeberkreisen einige tausend Mark billiger Bauhypotheken für diesen Zweck zu erreichen sein müssen. Die Notlage von Handel und Gewerbe ist uns allen bekannt. Trotzdem glaube ich, daß sich einige selbstverständlich verzinsliche Zuschüsse bei gutem Willen hier erzielen lassen würden. Diese großen Arbeiterwohnungsbauteile liegen weitgehend im Interesse gerade unserer Arbeiter. Ein zufriedenes menschliches Wohnender Arbeiter bedeutet das wertvollste Kapital, das der Arbeitgeber besitzt. Eine Gegenleistung der Stadt dadurch, daß bestimmte Wohnungen einem Arbeitgeber für seine Arbeiter zur Verfügung gestellt werden, käme nach meinem Dafürhalten durchaus in Frage.

Nicht zuletzt will ich auf die soziale und kulturelle Bedeutung des Arbeiterwohnungsbaues hinweisen. Eine schwere Volksseuche ist der Alkoholmißbrauch. Diesem Laster wird Vorschub geleistet durch die Wohnungsnot. Es ist menschlich nur allzu begreiflich, daß der Arbeiter aus den trostlosen Verhältnissen seines „Heims“ in die Kneipetätlichkeit, Jefeinander die Wohnung fast deslo weniger Reiz hat die Schenke. Von höchster Wichtigkeit ist auch

die Wohnung für das heranwachsende Geschlecht. In den feuchten und dämpfigen Höhlen, die hier noch vielfach von bedauernswerten Arbeiterfamilien bewohnt werden, können nur kranke, tuberkulose und rachitische Kinder aufwachsen. Auch unter diesem Gesichtswinkel muß unbedingt gerade für Arbeiterwohnungen gesorgt werden. Ein Blick auf unsere Kinder lenkt auch gleichzeitig unsere Gedanken auf die kulturelle Seite der Wohnungsfrage. Wie sollen die bedauernswerten Schulkinder in diesen oftmals halb dunklen und viel zu engen Wohnungen ihre Schularbeiten erledigen können? Die mühe- und oft wertvolle Arbeit unserer Lehrer kann nicht von Erfolg gekrönt sein, wenn das Kind nicht im Elternhause die Möglichkeit hat, seine Schulaufgaben ordnungsgemäß zu erledigen. Und wie den Kindern, so geht es den Erwachsenen. Wer hat in diesen Wohnhöhlen Lust und Laune ein gutes Buch, oder eine Zeitschrift zu lesen? Es wird unserer Arbeiterschaft viel zu wenig benutzt. Auch das ist durchaus verständlich und begreiflich, denn nichts wirkt so niederdrückend auf Seele und Geist wie eine schlechte Wohnung. So sind es die verschiedensten Gesichtspunkte, die einen großen Neuanbau gerade von Arbeitervororten uns zur Pflicht machen. In die durch die Neubauten freiwerdenden Wohnungen können aber sicherlich der größte Teil, wenn nicht alle, Wohnungsanwärter für eine Wohnliche untergebracht werden. Nach und nach muß allerdings diese Form der Wohnungen gänzlich

aus unserer Wohnungswirtschaft verschwinden. Es ist Pflicht aller beteiligten Kreise dahin zu arbeiten, daß jeder Arbeiter so gestellt ist, daß eine Wohnung von Stube und Küche das mindeste ist, was er von Leben verlangen darf und was er auch bezahlen kann.

Damit wäre zunächst ein Bauprogramm für etwa 3 bis 4 Jahre, durch das nicht nur der Wohnungsnot gesteuert wird, sondern durch das zugleich in umfangreichem Maße Arbeit für unsere Arbeiterschaft und Beschäftigung für unsere heimischen Baugewerbe geschaffen wird. Zugleich aber schafft sich die Stadt damit, was kein nebensächlicher Gesichtspunkt ist, Werte, die eine gesunde Grundlage für die Finanzpolitik späterer Jahre bilden werden.

Verschiedenes.

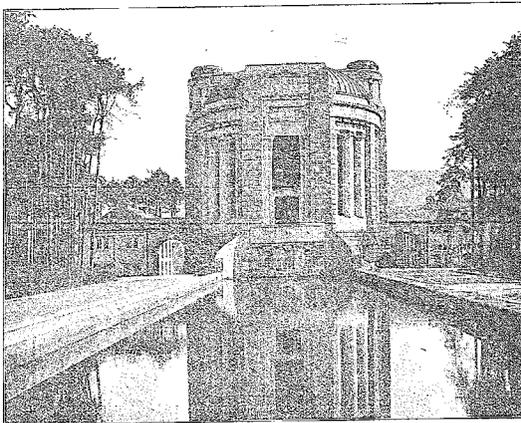
Forderung öffentlicher Mittel für Neubauten. Der Deutsche Städtetag tritt in Eingaben an die Reichsregierung und die Staatsregierungen nachdrücklich dafür ein, daß zur Gesundung der Verhältnisse im Wohnungswesen öffentliche Mittel in größerem Maße als bisher für Neubauten zur Verfügung gestellt werden, und empfiehlt die Steigerung des für den Wohnbau bestimmten Anteils der Hauszinssteuer. Möglichst die gesamten für die Werbetätigkeit vorgesehenen Steuermittel sollen den Gemeinden zur uneingeschränkten Verwendung überlassen werden, da diese vermöge ihrer engen Fühlung mit dem Wohnungsmarkt, dem örtlichen Baugewerbe, gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen, dem örtlichen Realcredit usw. die geeignetsten Träger der Wohnbauförderung sind. Insbesondere soll es auch den Gemeinden ermöglicht werden, einen kleinen Teil der Hauszinssteuer als Mittel für Instandsetzungszwecke für Altwohnungen zu verwenden.

Keine staatlichen Darlehen zum Bau landwirtschaftlicher Gebäude. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat vor einigen Monaten

bei der preussischen Staatsregierung die Bereitstellung von zinslosen Tilgungsdarlehen zum Bau von landwirtschaftlichen Gebäuden beantragt. Nach dem eingegangenen Bescheid des Ministeriums ist der Antrag abgelehnt worden, weil kein staatlicher Fonds für den betreffenden Zweck zur Verfügung stände.

Eine Warnung vor dem Hans-Stegfried-Orden. In letzter Zeit sind dem Preussischen Ministerium für Volkswohlfaht aus verschiedenen Teilen des Reiches zahlreiche Anfragen über einen sogenannten „Hans-Stegfried-Orden“ zugegangen. Der „Orden“, der angeblich den Zweck verfolgt, Kleinhauskolonien zu schaffen, scheint sich bei seiner Werbetätigkeit darauf zu berufen, daß seine Bestrebungen im Preussischen Wohlfahrtsministerium bekannt seien und günstig beurteilt würden. Diese Behauptung trifft, wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst aus dem Wohlfahrtsministerium geschrieben wird, nicht zu. Gegen den Leiter des „Ordens“, Roese, ist bei dem Landgericht II in Berlin eine Voruntersuchung wegen Betruges anhängig. Vor dieser Gründung ist mithin zu warnen.

Das Ulmer Münster in Gefahr. Der württembergische Landeskunstbeirat nahm unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Bazille eine Entscheidung an, die zufolge Reklame und Volksvertretung nachdrücklich auf den verschollenen baulichen Zustand hingewiesen werden sollen, in der sich das Ulmer Münster befindet. Auch das Reich und der Reichstag sollen für das Ulmer Münster als ein das ganze deutsche Volk berührendes Nationaldenkmal in Hilfe angegangen werden.



Dresdener Krematorium Architekt Prof. F. Schumöder Ausführung: Woyas & Freytag A.-G.

Die Arbeiten der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau- Die Hoffnungen, welche man auf die Gründung einer Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau setzte, haben sich bereits zu greifbaren Erfolgen verdichtet. In der am 19. Dezember abgehaltenen Vorstandssitzung wurde von Mitgliedern (Geheimrat Otzen, Hannover, Stadtbaurat Hahn, Berlin, Baurat Riepert, Berlin) die mit anderen Sachverständigen von der Studiengesellschaft zur Erforschung der englischen und nordamerikanischen Wegebauverhältnisse entsandt waren, über das Ergebnis ihrer Tätigkeit berichtet. Durch diese Studienreisen ist zweifelsohne der Beweis erbracht worden, daß nicht nur eine Erweiterung und Verbesserung der deutschen Automobilstraßen notwendig ist, sondern daß dieses auch durchaus im Bereich der Möglichkeiten liegt. Die Frage der Finanzierung, welche hierbei von ausschlaggebender Bedeutung ist, war durch eine der Kommissionen ebenfalls gefördert worden. Auch die anderen Ausschüsse arbeiten bereits auf dem Gebiete der Planung, Konstruktion und dergleichen. Die Ausführung von Probe- strecken dürfte durch die Tätigkeit der Studiengesellschaft bereits als gesichert gelten. Sto.

Schweres Baunglück in Neuminster. Bei dem Neubau des Allgemeinen Bau- und Sparvereins für Neuminster und Umgebung ereignete sich vor kurzem ein schweres Baunglück. Der Rohbau und das Dachgerüst des dritten Stockwerkes waren soweit vorgeschritten, daß die Richtfeier stattfinden sollte. Ein paar Stunden vorher — es befanden sich noch 18 Handwerker auf dem Neubau — stürzte ein Flügel des großen Gebäudes unter donnerähnlichem Getöse in sich zusammen. 8 Personen wurden unter den Trümmern begraben. Die Bergung der Toten und Verletzten gestaltete sich überaus schwierig. Nach langen Bemühungen gelang es, einen Maurer und einen Zimmermann als Leichen zu bergen. Vier weitere Arbeiter wurden in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

Normung von Betonsteinen in Amerika. Die Organisationen der Betonstein- und Betonstein-Maschinen-Industrie Amerikas verhandeln zusammen mit dem Handelsministerium über die Normung der verschiedenen Betonsteinarten. Folgende Vorschläge sind zunächst für die Größenormung gemacht worden: Betonblöcke: Höhe 19,25 Zentimeter, Länge 39,25 Zentimeter, Breite 15, 20, 25 oder 30 Zentimeter; Beton-Bauplatten: Höhe 12,5 Zentimeter, Länge 30 Zentimeter, Breite 9,5 Zentimeter, 20 und 30 Zentimeter; Betonstein: Höhe 5¹/₂ Zentimeter, Länge für glatte und rauhe Steine 20 Zentimeter, Breite für glatte 9¹/₂ Zentimeter und für rauhe 9¹/₈ Zentimeter.

Ein begehrt Stadtbaursposten. Für die von der Stadtgemeinde Reichenbach in Schles. ausgeschriebene Stadtbaursstelle sind 140 Bewerbungen eingegangen.

Ausstellungs- und Messewesen.

Technische Messen im I. Halbjahr 1925.

- 5.—8. Februar 1925. 3. Danziger Internationale Frühjahrsmesse mit Technischer Messe.
- 15.—18. Februar 1925. 10. Königsberger Gstmesse, Allgem. Mustermesse mit Technischer Messe und Baumesse. Meßamt Königsberg Pr., Hansarlag.
- 1.—11. März 1925. Technische und Baumesse in Leipzig. Meßamt Leipzig, Markt 4.
- 8.—14. März 1925. Technische, Bau- und Möbelmesse im Rahmen der 8. Wiener Internationalen Messe, Frühjahrsmesse 1925.
- 15.—21. März 1925. Frühjahrsmesse mit wärmewirtschaftlicher Messe in Köln a. Rh. Meßamt Köln-Deutz, Messeplatz.
- 22.—25. März 1925. Kieler Frühjahrsmesse. Meßamt Kiel, Klinik 27/29.
- 17.—22. April 1925. Technische Messe zu Frankfurt a. M. Meßamt Frankfurt a. M. Platz der Republik.
- 14.—17. Mai 1925. Maschinenmarkt, Technische Messe und Baumesse in Breslau. Meßamt Breslau, Elisabethstraße 6.
16. Mai bis 2. Juni 1925. Industrieausstellung für das Baufach, Wohnungswesen und verwandte Gewerbe in Berlin, veranstaltet von der Innung: Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin, Büro Linkstraße 32. Str.

Meßausstellung „Förderwesen“ auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1925. Im Rahmen der nächsten Technischen Messe in Leipzig

(1.—11. März) veranstaltet der Ausschuß für wirtschaftliches Förderwesen im Ausschuß für wirtschaftliche Fortzug beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Berlin, eine besondere Meßausstellung „Förderwesen“, deren Vorbereitung der Obmann des Ausschusses für wirtschaftliches Förderwesen, der bekannte Hochschulprofessor Dr. ing. h. c. Aumund selbst in die Hand genommen hat. In dieser Ausstellung soll lückenlos und systematisch das Gebiet des Förderwesens dargestellt werden, so u. a. alle Hebel- und Transportmittel auf geringe Entfernungen, wie sie innerhalb oder zwischen zusammengehörigen Betrieben, z. B. zwischen einzelnen Werkstätten, Gruben und Hütten, Häfen- und Speichereinlagen usw., verwandt werden. Besonderes Interesse dürften die Verladeeinrichtungen für Schiffe und Eisenbahnen, ferner die Lastkraftwagen usw. finden.

Breslauer Maschinenmarkt und Technische Messe. Der 56. Breslauer Maschinenmarkt wird in der Zeit vom 14.—17. Mai d. Js. abgehalten werden, und zwar wiederum in Verbindung mit der Technischen Messe, einer Baumesse und einer Ausstellung für moderne Büromaschinen. Für den Maschinenmarkt wird das bisherige freie Gelände in einem Umfange von 70 000 qm zur Verfügung gestellt. Es werden aber weitere rund 10 000 qm im freien Gelände hinzugenommen zur Veranstaltung einer von jetzt ab jährlich zu wiederholenden Gärtnermesse, auf der Gartenbaukeräte, Gartenbauindustrie (Gewächshäuser, Bewässerungsanlagen) Kleingärten- und Siedlungswesen, Gartenkunst, Baumschulen- und Strauchkultur vertreten sein werden. Für die Technische Messe und die Baumesse stehen der neu erbaute „Messehof“ und die Jahrhunderthalle mit einer Gesamtlänge von rund 25 000 qm gedeckten Raumes zur Verfügung. Im Ausstellungsgelände wird voraussichtlich zu gleichen Zeit eine Kohlenmesse verbunden mit wärmewirtschaftlicher Ausstellung abgehalten werden, doch sind die Verhandlungen hierüber noch nicht zum Abschluß gelangt.

Industrie-Ausstellung für das Baufach, Wohnungswesen und verwandte Gewerbe in Berlin. Die Ausstellung wird in der Zeit vom 16. Mai bis einschließl. 2. Juni 1925 stattfinden und von der Innung: Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin — Büro: Linkstraße 32 — veranstaltet werden. Die ausgedehnten Räume des Sportplatzes nebst freiem Gelände — Potsdamer Str. — sowie der Philharmonie — Bernburger Str. — sind bereits als Ausstellungslokale gemietet. Bei der besonderen Wichtigkeit der Bau- und Wohnungsverhältnisse und der für das Frühjahr in Aussicht stehenden regen Bautätigkeit findet das Ausstellungsprojekt bei allen einschlägigen Firmen das größte Interesse. Die Vorkarbeiten sind soweit gefördert, daß der ausführliche Prospekt demnächst ersendet wird.

Wettbewerbe.

Breslau. Der Schlesiens Malerbund erläßt ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Wand- und Deckenmalereien für bürgerliche Wohnräume. Es sind Preise im Gesamtbetrag von 850 Mark ausgesetzt. Einlieferungsfrist 10. Februar 1925. Näheres ist durch die Geschäftsstelle Breslau I, Alexanderstr. 8, zu erfahren.

Ulm. Zum Wettbewerb für die Münsterplatz-Überbauung in Ulm sind rund 400 Entwürfe eingegangen. Nach überschüssiger Auflegung der Entwürfe wird das Preisgericht Anfang Januar in Tätigkeit treten. Die sämtlichen Entwürfe werden sodann anschließend der Öffentlichkeit in einer Ausstellung zugänglich gemacht.

Wettbewerbs-Ergebnis.

Eberswalde Bbg. Zum Wettbewerb für ein Kriegerdenkmal im Heldenhain in Eberswalde waren 386 Entwürfe eingegangen. Es erhielten den 1. Preis von 900 Mark Architekt August Keune, Offenbach a. M., den 2. Preis von 400 Mark Regierungsbaumeister Dr.-Ing. Hollatz, Aachen, den 3. Preis von 200 Mark Bildhauer Schmitz und Architekt Ulrich, Berlin-Schöneberg. Weitere fünf Entwürfe wurden zum Ankauf empfohlen.

Schulangelegenheiten.

Braunschweigische Landesbaugewerkschule Holzwinden. Der Besuch der Landesbaugewerkschule ist im laufenden Winter erfreulich hoch, nämlich 492 Schüler, eine Zahl die zum letzten Male im Winter 1911/12 erreicht worden war. Von den Schülern stammen 107 aus dem Lande Braunschweig, 352 aus Preußen, von den übrigen sind 2 Ausländer (Jugoslawien und Tschechoslowakei). Von den 107 Braunschweigern stammen wieder 67 aus der engeren Heimat Holzwinden. Das Hundertverhältnis von Braunschweigern

zu Nichtbrauschweigern ist, wie in den früheren Jahren etwa 22 v. H.

25jähriges Bestehen der Staat. Baugewerkschule Hildesheim. Im Mai—Juni 1925 wird das 25jährige Bestehen der Anstalt gefeiert. Aus diesem Anlaß soll zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen ehem. Lehrer und Schüler ein Ehrenmal errichtet werden, wozu die Vorbereitungen eingeleitet sind. Große Schwierigkeiten bereiten die Ermittlungen der Gefallenen. Es ergeht daher an alle ehemaligen Schüler sowie deren Angehörige die dringende Bitte um Angabe der Namen der Gefallenen an die Geschäftsstelle des Verbandes, zu Händen des Reg.-Bau-Obersekr. Stinemann, Hildesheim, Struckmannstraße 2.

Meisterprüfung.

Breslau. Vor der hiesigen Handwerkskammer hat der Bautechniker (Zimmerer) Louis Kusciel aus Breslau die Meisterprüfung bestanden.

Bücherschau.

Alle Fachbücher, auch die hier angelegten, sind durch unseren Verlag zu beziehen.

Wie spare ich Kohle? Von V.D.I.-Taschenbücher Band I. VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 19, Buehstraße 7. 150 Seiten geb. 2,50 Goldmark.

Das kleine handliche Werk ist ein vortreffliches Mittel, aller — oft unbewußten — Verschwendung von Kohle beim Verbrauch im täglichen Leben Einhalt zu tun. Aus ihm spricht der Ingenieur und Fachmann in kurzer schlichter Form, aber unübertrefflich klar und verständlich zu allen Verbrauchern. Zahlreiche praktische Anweisungen, knapp gefaßt und übersichtlich geordnet, ermöglichen es Jedermann, sich in wenigen Minuten über Tatsachen zu unterrichten, die ihm Geld und Zeit ersparen. Wer sollte es lesen? Vor allem sollte es in keiner Betriebsbücherei fehlen: Den Großindustriellen, Fabrikdirektor und Heizer geht es in gleichem Umfang an wie den Architekten, Handwerker, Ofenbauer und Kohlentändler. Besonders wichtig ist es für die Hausfrau und ihre Hausangestellten. Daneben sollten es alle, alle übrigen Kohlenverbraucher lesen. Der Winter steht vor der Tür; Heizmaterial ist teuer; wer möchte nicht damit sparen?

Industriebau. Bearbeitet von Regierungsbaumeister M. Weßlau (Betriebsaschenbuch, Herausgegeben von Oberschulrat Prof. Dipl.-Ing. R. Horstmann und Prof. Dr. Ing. K. Laudten), Leipzig. Dr. Max Jänecke Verlagsbuchhandlung. Preis Mark 3.—.

Das vorliegende Buch soll in die bei der Planung, Konstruktion und geschäftlichen Durchführung eines Neu- oder Erweiterungsbaues notwendigen Überlegungen einführen. Deshalb sind neben der Ausführung feststehender Tatsachen die baulichen und geschäftlichen Maßnahmen in ihren Möglichkeiten, Vorzügen und Nachteilen gewertet.

Da der Kostenpunkt vielfach von ausschlaggebender Bedeutung ist, werden Veranschlagen und Kostenermittlung besonders eingehend behandelt. Der Leser soll in der Lage sein, sich durch überschlägliche Berechnung ein Bild von den Kosten eines Bauvorhabens zu machen und sich in Kostenanschlägen zurechtzufinden.

Die ganze Aufmachung und der Zuschnitt scheint allerdings mehr für Bauschüler berechnet zu sein, da jeder, in der Praxis Stehende, zuviel Selbstverständliches darin findet. Ganz eigenartig mutet es an, daß als Sonderbauweisen in einem Kapitel Eisenbeton, Ambt und Leimbau (!) besprochen werden.

Die ästhetische Seite des Industriebaus findet überhaupt keine Berücksichtigung. K. L.



Fragekasten.

Frage Nr. 2. An Stelle der sonst üblichen Zementbetonschicht unter dem hoch verlegten Holzfußboden des Erdgeschosses möchte ich eine ca. 15 bis 20 cm starke trockene Torfmüllschicht verwenden. Kann mir einer der Kollegen seine Erfahrungen darüber mitteilen? C. O. in S.

4. Antwort auf Frage Nr. 85. Für das Flaschenlager empfehle ich als geeigneten Fußbodenbelag meinen einschichtigen, gestampften Steinholzfußboden, der auf einer Unterlage von ca. 10 cm starkem Zementbeton ohne Kalk- und Schlackenzusatz verwendet bzw. hergestellt wird. Steinholzfußboden ist fest und sehr dauerhaft, dabei so elastisch, daß ein Glas-Gegenstand nicht ohne weiteres zerbricht. Für gewöhnlich wird derselbe 15 mm stark

hergestellt und kostet bei Flächen von über 100 qm R.-M. 5,50. Zu näheren Auskünften bin ich gern bereit.

Baumeister Rudolph Engelhardt, Zittau in Sa.

3. Antwort auf Frage Nr. 86. Die tauchten Stellen am Außenputz der Stallegebäude werden meines Erachtens auf Stalldunst-Ammoniakausschwitzungen zurückzuführen sein. Um dies in vorhandenen Ställen zu verhindern, empfehle ich den Innenputz mit Zementmörtel und Ceresit herzustellen, um einen möglichst dichten Putz zu erzielen. Bei Neubauten mache ich stets eine innere 7 oder 13 cm starke Isolierwand von schwarzen Ziegeln in Zementmörtel und können dann Ammoniakausschwitzungen nicht mehr eintreten. Ceresit ist ein Produkt der Wunnerschen Bitumen-Werke, Umma i. W.

Baumeister Rudolph Engelhardt, Zittau in Sa.

1. Antwort auf Frage Nr. 88. Unansehnlich gewordener Steinholz-Fußboden läßt sich durch Betonung mit meher farbigen Spezial-Steinholz-Paste wieder aufrichten. Vor der Behandlung mit Steinholz-Paste sollte der Fußboden durch Abschleifen oder durch Abreiben mit Stahlspänen glatt gemacht werden. Mit weiteren Auskünften sieht gern zu Diensten

Reinhold Thamm, Breslau, Garvestraße 27.

2. Antwort auf Frage Nr. 88. Steinholz-Fußboden. Ein Anstrich auf den grau gewordenen Steinholz-Fußboden ist m. E. nicht empfehlenswert. Richtiger ist, mit der Firma welche den Fußbodenbelag herstellt hat — oder auch mit einer anderen dieser Spezialfirmen — in Verbindung zu treten, welche Vorschläge und Kostenangaben macht und die Oberseite abtutet.

Ludwig Sichert, Freienwalde a. O.

3. Antwort auf Frage Nr. 88. Die grauen Stellen im roten Steinholzfußboden sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß der Steinholzfußboden unachtsamgemäß behandelt worden ist, event. mit Steinhölz gereinigt wurde, oder nie geölt und sonst gepflegt worden ist. Wenn der Steinholzfußboden noch nicht ausgetreten ist, empfehle ich ein öfteres Ölen mit einem guten Steinholzfußbodenöl und späterem Wachsen des Fußbodens. Gutes Steinholzfußbodenöl kann ich Ihnen nachweisen oder liefern. Wenn die Farbe ausgewaschen sein sollte, ist es am besten, sich mit dem Zustand abzufinden, denn Farbeanstrich hält auf einem gut ausgefüllten Steinholzfußboden nicht zu. Zum Wachsen des Steinholzfußbodens können sie etwas Salmiak zusetzen.

Baumeister Rudolph Engelhardt, Zittau in Sa.

1. Antwort auf Frage Nr. 89. (Schallsichere Grenzmauer.) Bei jeder Schalldämpfung handelt es sich im wesentlichen darum, daß man das richtige Material jeweils an der richtigen Stelle zur Anwendung bringt. Um einen sicheren Erfolg zu erreichen, muß man schon einige Kenntnisse über das Wesen des Schalles besitzen und mit der praktischen Nutzenanwendung der schalldämpfenden Baustoffe ein wenig vertraut sein. Keinesfalls genügt es, eine Schalldämpfung dadurch herbeizuführen, daß man eine Wand in der allgemeinen üblichen Weise mit Korkplatten verkleidet und schließlich verputzt, sondern man muß sein besonderes Augenmerk auf die Dichtung der Anschlüsse an den Fußböden, Decken und Dächern richten, damit sich die Schwingungen nicht von einem Bauteil auf den andern übertragen und fortpflanzen. Korkplatten von etwa 2 bis 4 cm Stärke nützen sehr wenig, es müssen schon Platten von 6 bis 8 cm Stärke genommen werden. Neben der Verwendung von genügend starken Korkplatten, die mit Haarteermörtel oder Sprenmörtel sachgemäß zu verlegen sind, ordne man zwischen der Korkplattenbekleidung und der vorhandenen Wand zwei gute Isolierpappen an. An Stelle der erwähnten Korkplatten leisten auch Fasertorplatten sehr gute Dienste. Wenn es nun die örtlichen Verhältnisse zulassen, führe man die genannte Torfplatten- oder Fasertorplattenwand in einem Abstände von 7 bis 8 cm von der bestehenden Wand aus und den so entstandenen Luftraum fülle man mit einem Isolierstoff wie Korkschat, Torfmüll, Asche, Sägespäne, Kieselgur, Bimsstein oder dergl. aus. Bei sachgemäßer Ausführung und Verwendung guter Baustoffe kann der Erfolg nicht ausbleiben. ha.

2. Antwort auf Frage Nr. 89. Da die Schallsicherung mit Korksteplatten unwirksam ist, liest ihr Verdacht rats, daß die Schallübertragung durch andere Bauteile stattfindet — vielleicht auf dem Umwege über eine sehr elastische tonige Grundschiebt. Maßnahmen zur Abhilfe werden sich nur nach einer örtlichen Besichtigung angeben lassen.

1. Antwort auf Frage Nr. 90. Für diese statisch unbestimmten Bogenbänder werden Sie kaum eine fertige Musterberechnung bekommen. Entscheidend für die Standsicherheit ist meist der Winddruck. Kurze Angaben lassen sich vielleicht auf Grund der genauen Ausführungszeichnung geben: es kommt wesentlich auf die gute und sichere Verbindung der einzelnen Bauteile miteinander an. Die genaue statische Berechnung würde vermutlich 100 bis 150 Mark kosten. Rudolph Preuß, Bauberatung, Breslau X, Matthiasplatz 20.

Inhalt.

Industriebauten mit Abblüngen. — Stenerbefreiungen zwecks Behebung der Neubautätigkeit. — Abb.: Breslauer Rathaus. — Bauplan Groß-Breslau. — Wohnungsnot und die Wege zu ihrer Bekämpfung. — Abb.: Dresdener Krematorium. — Verschiedenes. — Fragekasten.